



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)**

Nein zum digitalen Euro – Ja zur Freiheit beim Bezahlen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag spricht sich grundsätzlich gegen die Einführung eines von der Europäischen Zentralbank (EZB) herausgegebenen „digitalen Euro“ aus.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass

- die Einführung eines digitalen Euro unterbleibt,
- das Bargeld als uneingeschränktes gesetzliches Zahlungsmittel erhalten bleibt und seine Akzeptanz im Wirtschaftsleben aktiv gesichert wird,
- jede Form staatlicher oder zentralbankseitiger Transaktionsüberwachung ausgeschlossen und keine technischen Voraussetzungen für „programmierbares Geld“ geschaffen werden.

Begründung:

Die EZB arbeitet derzeit in der sogenannten Vorbereitungsphase an der Einführung eines digitalen Euro. Diese Phase läuft seit November 2023 und soll bis Ende Oktober 2025 abgeschlossen sein. In diesem Zeitraum werden technische Systeme, rechtliche Rahmenbedingungen und ein sogenanntes Rulebook für den Zahlungsverkehr entwickelt. Parallel testet die EZB über eine „Innovation Platform“ verschiedene Anwendungen mit Marktteilnehmern und bereitet europaweite Ausschreibungen für die technische Infrastruktur vor.

Durch das geplante Regelwerk und die zentrale Datenspeicherung drohen neue Abhängigkeiten von der EZB und eine schleichende Verdrängung des Bargelds im täglichen Zahlungsverkehr.

Ein digitaler Euro birgt erhebliche Risiken für Freiheit, Privatsphäre und Finanzstabilität. Er würde zu einer stärkeren Zentralisierung von Zahlungsdaten führen, eröffnet neue Möglichkeiten der Kontrolle und Überwachung und könnte die Rolle des Bargelds als anonymes Zahlungsmittel schrittweise verdrängen.

Zudem besteht die Gefahr, dass der digitale Euro künftig technisch mit digitalen Identitätslösungen (Digital ID) verknüpft wird – was aus Gründen des Datenschutzes und der informationellen Selbstbestimmung entschieden abzulehnen ist.

Der Freistaat soll sich daher klar und unmissverständlich gegen den digitalen Euro und jegliche Planungen, die dessen Einführung vorbereiten oder unterstützen könnten, positionieren.